



Betrifft : Beteidigung an der Netzwerkgesellschaft

Wir verwalten das Geld der Bürger. Das Geld ist für Infrastrukturmaßnahmen und für Investitionen und nicht für Anlagengeschäfte gedacht.

Wir haben in den letzten Jahren dramatische Schwankungen auf der Einnahmenseite gehabt und mußten immer Geld aus der Rücklage dem Haushalt zuführen. Der von der SPD beantragte Weg über Finanzierung von über 900.000 Euro einen Zinsgewinn von knappen 12.000 Euro p.A. zu generieren, kommt für uns nicht infrage. Wir sind keine Anlagespekulanten. Es wird dem Bürger auch schwer zu vermitteln sein, warum er bei etwaigen Verlusten mit seinen Steuern für solche Geschäfte bezahlen soll. Dass es keine 100 %ige Sicherheit bei Anlagegeschäften gibt, hat uns gerade die Katastrophe in Japan vor Augen geführt. Der Ministerpräsident Mappus, Baden Württemberg, hat über Landesbürgschaften in Höhe von 5,9 Milliarden Euro Anteile von ENBW zurückgekauft in der Hoffnung, dass die Gesellschaft, auch wie in der Vergangenheit, hohe Gewinne macht und somit auch große Dividenden auskehrt. Ein vermeintlich sicheres Geschäft. Durch die nun neu gesetzmäßig verankerte Brennelementesteuer und das durch die Japan Katastrophe ausgelöste Moratorium der Bundesregierung (Stilllegung von 8 Kernkraftwerken) brechen alle schöngerechneten Gewinne massiv ein. Herr Mappus wird sich demnächst vor seine Bürger stellen müssen und zu erklären haben, warum diese jetzt für diese Fehlspekulation zu zahlen haben. Wir haben zur Zeit eine solide Rücklage die wir aber keinesfalls durch spekulative Geschäfte gefährden wollen. Sollten sich die Einnahmen in der jetzigen Form stabilisieren würden wir lieber den Bürger über Steuersenkungen entlasten. Eine Gemeinde ist kein Gewinn orientiertes Unternehmen.

Deshalb lehnen wir den Antrag der SPD ab.

Uwe Hüttner
Fraktionsvorsitzender CDU Holm